

Begründungsmuster für einen politischen Auftrag Sozialer Arbeit

Tobias Kindler – Ostschweizer Fachhochschule

Lara Hobi – Caritas St.Gallen-Appenzell

1. Einleitung

Soziale Arbeit ist Arbeit am Sozialen und Arbeit am Sozialen erfolgt nie losgelöst von politischen und gesellschaftlichen Prozessen, Einflüssen und Fragestellungen. Bereits die Pionier*innen unserer Profession stellten fest, dass viele Problemlagen nicht individuell, sondern zu großen Teilen strukturell bedingt sind und mischten sich in politische Aushandlungsprozesse ein. Auch heute engagieren sich Berufskolleg*innen auf verschiedenen Ebenen berufs-, bildungs- oder sozialpolitisch: Sie üben politische Ämter aus, nehmen in Arbeitsgruppen des Berufsverbandes Stellung zu gesellschaftlichen Entwicklungen oder verweigern in ihrer Praxis mit Verweis auf die Berufsethik ungerechte Aufträge. Auch im Fachdiskurs wird von einer engen und spannungsreichen Verzahnung von Sozialer Arbeit und Politik ausgegangen. (Benz et al., 2013, S. 8–23) Einerseits ist die Soziale Arbeit Ausführende von Sozialpolitik, da die Politik größtenteils darüber entscheidet, welche Aktivitäten von Fachpersonen und Organisationen der Sozialen Arbeit geleistet werden sollen und welche finanziellen und personellen Ressourcen dafür gesprochen werden. Andererseits wirkt Soziale Arbeit auch gestaltend auf Politik ein, indem sie eben diese politischen Entscheidungen beeinflusst, welche die Handlungsgrundlage der Profession sowie die Lebenswelten der Adressat*innen prägen. (Rieger & Wurtzbacher, 2020, S. 5) Dass im Sinne der erläuterten Formen Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen Sozialer Arbeit und Politik bestehen, ist unumstritten. Umstritten ist jedoch bis heute, wie sich die Rolle der Sozialen Arbeit in diesem Verhältnis gestalten soll.

(Benz & Rieger, 2015, S. 9) Soll, kann oder muss die Soziale Arbeit eine aktive Rolle im ‚politischen Spiel‘ übernehmen? Und falls ja, welche?

2. Fachdiskurs und Fragestellungen

Diese Fragen werden spätestens seit der Publikation von Merten (2001) unter der Begrifflichkeit des politischen Mandates¹ diskutiert, wobei heute im Fachdiskurs diejenigen Positionen überwiegen, welche eine politische Soziale Arbeit befürworten. Die Begründung eines politischen Auftrages kann dabei fünf Argumentationssträngen zugeordnet werden (Hobi, 2019):

- Um systembedingte Problemlagen zu bearbeiten, ist strukturelle Einflussnahme notwendig. Soziale Arbeit soll nicht nur Symptome, sondern zugleich Ursachen bekämpfen.
- Die internationale Definition (International Federation of Social Workers [IFSW], o. J.) schreibt Sozialer Arbeit einen politischen Auftrag zu.
- Gewisse, die Soziale Arbeit tangierende Gesetze beinhalten die Verpflichtung von Sozialarbeitenden, sich auf politischer Ebene einzubringen.
- Es ist für Soziale Arbeit unmöglich, nicht politisch zu handeln. Ihre Grundlagen werden in politischen Entscheidungsprozessen geschaffen und von Sozialarbeitenden implementiert.
- Wird Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession verstanden, folgt daraus die Notwendigkeit, die Menschenrechte in der politischen Arena zu verteidigen.

In neueren Veröffentlichungen wird auf dieser Basis vermehrt der Frage nachgegangen, wie dieser politische Auftrag umgesetzt werden kann. Benz und Rieger (2015, S. 46–48) schlagen diesbezüglich vor, insbesondere auf Politikimplementation, Politikberatung, Interessensvertretung und politische Bildung zu fokussieren.

Während die Positionierung im Fachdiskurs somit eindeutig zugunsten eines politischen Auftrages der Sozialen Arbeit ausfällt, rückt zunehmend

¹ In neueren Publikationen ist vermehrt die Rede vom politischen Auftrag (Hobi, 2019, S. 10–12; Kindler, 2019, S. 17–19), wobei die Begrifflichkeiten des Mandates und des Auftrages synonym verwendet werden, wie beispielsweise von Benz und Rieger (2015).

die empirische Untersuchung der Einstellung von Sozialarbeitenden an der Basis in den Fokus des Interesses: Wie positionieren sie sich gegenüber der im Fachdiskurs vorangetriebenen Politisierung Sozialer Arbeit? Bisherige Befragungen von Studierenden und ausgebildeten Fachpersonen der Sozialen Arbeit zeigen übereinstimmend und deutlich, dass Sozialarbeitende der Sozialen Arbeit einen politischen Auftrag zuschreiben (Amann & Kindler, 2021; Felderhoff et al., 2016; Kulke & Schiffert, 2018; Kulke & Schmidt, 2019; Roth & Ragus, 2018; Wetzel, 2015). Ungeklärt bleibt in allen bisherigen Studien jedoch, mit welchen Begründungen einem solchen Auftrag zugestimmt wird. An dieser Lücke setzt der vorliegende Beitrag an und befasst sich im Folgenden mit der Klärung der beiden Forschungsfragen:

- Zu welchem Anteil stimmen Sozialarbeitende in der Schweiz einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu?
- Mit welchen Argumenten begründen Sozialarbeitende in der Schweiz einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit?

3. Methodisches Vorgehen

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde, basierend auf den Grundannahmen des *Civic Voluntarism Model* von Verba, Schlozman und Brady (1995), ein Onlinefragebogen entwickelt. Dieser stand zwischen Mai und Juli 2018 zur Teilnahme bereit und wurde über Fachhochschul-Alumni-Organisationen, Fachhochschulen, Höhere Fachschulen, Studierendenvertretungen, Berufs- und Fachverbände, Arbeitgebende, Facebookgruppen und persönliche Kontakte der Autorenschaft beworben. So ergab sich eine Gelegenheitsstichprobe von Sozialarbeitenden, die zunächst auf einer Vierpunkte-Skala (stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu) Position zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit bezogen und dann mittels Filterfrage in einem freien Textfeld ihre Positionierung schriftlich begründeten. Die entsprechenden Items lauteten: „Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag“ und „Wieso hat Soziale Arbeit Ihrer Meinung nach einen politischen Auftrag?“ Die Antworten auf Item 1 wurden mit Verfahren der univariaten deskriptiven Statistik ausgewertet. Zur Analyse der offenen Textantworten kam die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) zur Anwendung.

4. Befürwortung eines politischen Auftrags Sozialer Arbeit – Quantitative Ergebnisse

Insgesamt nahmen 1815 Fachpersonen der Sozialen Arbeit aus allen Kantonen der Schweiz an der Befragung teil. 1367 (75%) der Teilnehmenden haben den Fragebogen auf Deutsch, 411 (23%) auf Französisch und 37 (2%) auf Italienisch ausgefüllt. Das Durchschnittsalter beträgt 37 Jahre ($SD=12$), wobei die jüngste Person 19 Jahre und die älteste Person 76 Jahre alt sind. Die Gruppe der 26 bis 30-Jährigen ist mit 22% am stärksten vertreten. 66% der Befragten ordnen sich dem weiblichen, 33% dem männlichen und 1% einem weiteren Geschlecht zu. 48% der Teilnehmenden fühlen sich einer Religion zugehörig, 3% machten hierzu keine Angabe. Von den 1815 befragten Sozialarbeitenden besitzt mit 96% die überwiegende Mehrheit die schweizerische Nationalität. 68% der Teilnehmenden verfügen über einen Abschluss in Sozialer Arbeit, 25% studieren derzeit Soziale Arbeit und 7% haben einen anderen Abschluss angegeben. Von den 453 Studierenden arbeiten 233 neben ihrem Studium in der Praxis der Sozialen Arbeit. Von den 1595 erwerbstätigen Teilnehmenden ist der größte Teil (42%) mit 61 bis 80 Stellenprozenten angestellt, wobei 69% der Erwerbstätigen als Teammitglied, 16% als Teamleitung und 10% als Organisationsleitung arbeiten. 27% der Teilnehmenden sind im gesetzlichen Bereich der Sozialhilfe bzw. im Kindes- und Erwachsenenschutz tätig und 14% der Befragten arbeiten mit Menschen mit körperlicher, kognitiver und/oder psychischer Beeinträchtigung. Im Durchschnitt verfügen die befragten Sozialarbeitenden über 11 Jahre Berufserfahrung ($SD=9,2$), wobei 647 Personen (41%) zwischen null und fünf Jahren Erfahrung angegeben haben (Kindler, 2019, S. 65–66).

1693 (93%) der Befragten stimmen einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit zu, 122 (7%) lehnen einen solchen Auftrag ab. Die differenzierten Antworten können Tabelle 1 entnommen werden. Gleichzeitig stimmen nur noch 50% der Teilnehmenden der Aussage zu, dass sich Sozialarbeitende im Rahmen ihrer Arbeitszeit politisch engagieren sollen (Kindler, 2019, S. 70).

Antwort	Anzahl	Prozent
Stimme zu	1071	59%
Stimme eher zu	622	34%
Stimme eher nicht zu	103	6%
Stimme nicht zu	19	1%

Tabelle 1 – Zustimmung zu einem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit

5. Begründungsmuster eines politischen Auftrags Sozialer Arbeit – Qualitative Ergebnisse

In der Befragung haben 1693 Teilnehmende einem politischen Auftrag Sozialer Arbeit zugestimmt bzw. eher zugestimmt. Von diesen Befragten haben im Weiteren 870 Personen Begründungen für ihre Position angegeben, wobei sich unterschiedliche Argumentationsmuster identifizieren lassen. Diese wurden mittels des Verfahrens der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) in acht Kategorien eingeteilt, welche in den folgenden Abschnitten vorgestellt werden.

5.1 Berufsethik

Wiederholt werden berufsethische Begründungen für einen politischen Auftrag Sozialer Arbeit angeführt. Hierbei nimmt der schweizerische Berufskodex oder auch die internationale Definition Sozialer Arbeit einen zentralen Stellenwert ein. In diesem Zusammenhang wird auch der professionelle Auftrag Sozialer Arbeit genannt, das Professionsverständnis Sozialer Arbeit als Begründung beigezogen oder auf die Ziele und Grundhaltungen der Sozialen Arbeit hingewiesen. Zudem befinden sich in dieser Kategorie Argumentationen, die sich auf Werte und Prinzipien der Profession berufen. Stark vertreten sind diesbezüglich Argumentationsmuster, die einen politischen Auftrag Sozialer Arbeit darin begründet sehen, dass die Profession durch ihre Interventionen auf soziale Gerechtigkeit und soziale Gleichheit zielt. Die Aufgabe Sozialer Arbeit besteht demnach u.a. darin, Ungerechtigkeiten, Un-

gleichheiten oder Ungleichberechtigung zu bekämpfen. Solche Bestrebungen gehen stets mit einer Einmischung von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in politische Aushandlungsprozesse einher. Eine dritte berufsethische Positionierung verortet Soziale Arbeit in Bezugnahme auf Silvia Staub-Bernasconi als Menschenrechtsprofession, um die Notwendigkeit eines politischen Auftrags Sozialer Arbeit zu begründen. Die Vertreter*innen dieser Position nennen in ihren Argumentationen Begrifflichkeiten wie Menschenrechtsprofession, Menschenrechte, Tripelmandat, drittes Mandat oder berufen sich explizit auf Staub-Bernasconis Name oder ihr Konzept Sozialer Arbeit (Hobi, 2019, S. 46).

5.2 Anwaltschaftliches Verständnis von Sozialer Arbeit

Ein alternatives Argumentationsmuster ergibt sich aus der Position, wonach Soziale Arbeit anwaltschaftlich bzw. advokatorisch im Sinne der Adressat*innen handeln soll. Ebenfalls befinden sich hier Aussagen, wonach die Soziale Arbeit parteilich oder stellvertretend für die Adressat*innen eintreten und ihnen eine Stimme geben soll. Soziale Arbeit dient in dieser Vorstellung denjenigen als Sprachrohr, die sich nicht selbst Gehör verschaffen können. Diese Kategorie bildet folglich ausschließlich Argumentationen ab, die stellvertretende Handlungen der Sozialen Arbeit für die Adressat*innen als Notwendigkeit erachten bzw. deren Relevanz betonen (Hobi, 2019, S. 46–47).

5.3 Soziale Arbeit als Expertin

Soziale Arbeit befindet sich im Rahmen der Einzelfallarbeit in direktem Kontakt mit dem Feld bzw. Adressat*innen. Den Fachpersonen an der Basis bieten sich umfassende Einblicke in die Lebensrealitäten der Adressat*innen, sie erkennen Missstände, sehen Zusammenhänge, verstehen Schwierigkeiten und Wünsche der Menschen. Die Vertreter*innen dieses Argumentationsmusters betonen des Weiteren, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit aufgrund der beschriebenen Einblicke und ihres Fachwissens über die Fähigkeit verfügen, gesellschaftliche Verhältnisse kritisch zu hinterfragen und Optimierungsvorschläge einzubringen. Folglich handelt es sich bei Sozialarbeitenden um Expert*innen für soziale Probleme. Diese Rolle geht mit der Pflicht einher,

Öffentlichkeit und Politik über die Lebenslagen der Adressat*innen und deren Zusammenhänge mit gesellschaftlichen Bedingungen aufzuklären. In diesem Sinne gehören Öffentlichkeitsarbeit und Politikberatung zu den Aufgaben Sozialer Arbeit (Hobi, 2019, S. 47).

5.4 Abhängigkeit der Rahmenbedingungen von der Politik

Ein nächstes Argumentationsmuster begründet die Existenz eines politischen Auftrages Sozialer Arbeit mit dem Umstand, dass die Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit (z.B. finanzielle und personelle Ressourcen, Entscheidungsbefugnisse) sowie die Lebensumstände der Adressat*innen (z.B. Höhe des Grundbedarfes in der Sozialhilfe) wesentlich durch politische Entscheidungsprozesse bestimmt werden. Hierzu gehören auch Begründungen, die Soziale Arbeit als per se politisch bezeichnen, da ihre Rahmenbedingungen durch die Politik festgelegt sind. Aus diesen Feststellungen wird abgeleitet, dass die Soziale Arbeit auf die Politik und die Gesetzgebung Einfluss nehmen muss, um so die Rahmenbedingungen der Profession sowie diejenigen der Adressat*innen aktiv mitgestalten zu können. Eine derartige Intervention drängt sich für Vertreter*innen dieses Begründungszusammenhangs geradezu auf, weil dafür eingestanden werden muss, dass der Sozialen Arbeit angemessene Ressourcen für die professionelle Ausführung ihrer Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden (Hobi, 2019, S. 47–48).

5.5 Umfassende Politikimmanenz

Alles ist politisch! Einige Teilnehmende begreifen das gesellschaftliche Zusammenleben und dessen Gestaltung als genuin politisch. Folglich ist auch die Soziale Arbeit stets in politische Zusammenhänge verstrickt und kann nicht nicht politisch handeln. In diesem Verständnis erlangt auch eine vermeintlich neutrale oder gar apolitische Haltung bzw. Handlung politische Bedeutung, da jede Enthaltung de facto einer Unterstützung der Mehrheitsmeinung entspricht. Der Verzicht auf eine politische Positionierung ist folglich keineswegs neutral. In diesem Zusammenhang wird mehrmals explizit auf die Argumentationen von Mechthild Seithe (2012) verwiesen (Hobi, 2019, S. 47–48).

5.6 Notwendigkeit der strukturellen Einflussnahme

Eine Gruppe von Befragten betont die Relevanz struktureller Einflussnahme durch die Soziale Arbeit und begründet damit die Existenz eines politischen Auftrags. Es wird die Ansicht vertreten, dass es nicht ausreicht, wenn die Soziale Arbeit Einzelfallhilfe betreibt, „Pflasterli“ verteilt, Symptome behandelt und damit letztlich zur Individualisierung sozialer Probleme beiträgt. Vielmehr sollten neben der Arbeit mit Adressat*innen gesellschaftliche Veränderungsprozesse initiiert und umgesetzt werden, so dass zukünftig weniger Symptombekämpfung notwendig ist. Solche grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft können nur über politische Prozesse erreicht werden, wodurch sich aus dieser Position ein politischer Auftrag Sozialer Arbeit begründen lässt. Ohne politisches Engagement kann Adressat*innen nur bedingt und teils vorübergehend geholfen werden, da nachhaltige Veränderungen der Strukturen ausbleiben (Hobi, 2019, S. 48).

5.7 Notwendigkeit der Lobbyarbeit

In den Argumentationen der Teilnehmenden wird wiederholt auf die Möglichkeiten und Wirkmächtigkeit der Lobbyarbeit, des Lobbyings oder der (teils schwachen) Lobby hingewiesen. Die Adressat*innen werden als Personengruppe ohne Lobby verortet, wodurch sie Gefahr laufen, hinsichtlich ihrer Interessen und Ansprüche übergangen zu werden. Folglich bedarf es des Lobbyings durch Fachpersonen der Sozialen Arbeit, um diesen schwachen Interessen² auf politischer Ebene Gehör zu verschaffen. Des Weiteren weisen Teilnehmende darauf hin, dass auch die Soziale Arbeit als Profession über eine vergleichsweise schwache Lobby verfügt. Diverse Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit werden direkt durch öffentliche Gelder finanziert und sind in ihrer Existenz somit unmittelbar von politischen Entscheidungen abhängig. Dadurch ergibt sich die Notwendigkeit für Akteur*innen der Sozialen Arbeit, Lobbyarbeit im eigenen Interesse zu betreiben (Hobi, 2019, S. 49).

2 Eine aktuelle Veröffentlichung zur Beschäftigung mit *schwachen Interessen* haben Katrin Toens und Benjamin Benz (2019) vorgelegt.

5.8 Ermächtigung und politische Bildung der Adressat*innen

Das Begründungsmuster für die Notwendigkeit eines politischen Auftrags Sozialer Arbeit ergibt sich in dieser Kategorie aus der Position, dass eine Funktion der Sozialen Arbeit in der Ermächtigung sowie in der politischen Bildung von Adressat*innen besteht. Die Vertreter*innen dieser Argumentationslinie sprechen sich dafür aus, dass die Soziale Arbeit Adressat*innen empowern, ermächtigen und befähigen muss, um so deren Beteiligung an gesellschaftlichen bzw. politischen Aushandlungsprozessen zu ermöglichen. Diese Befähigung kann u.a. über politische Bildungsarbeit erfolgen, da das Wissen über Handlungsmöglichkeiten und Rechte dazu beiträgt, dass Menschen mündig werden und an der Gesellschaft teilhaben können. In diesem Sinne leistet Soziale Arbeit Hilfe zur Selbsthilfe und fördert gesellschaftliche, soziale und politische Partizipation. Weiterführend wird argumentiert, dass die Soziale Arbeit beabsichtigt, die Adressat*innen von sozialen Dienstleistungen unabhängig zu machen. Fachpersonen, die in dieser Traditionslinie Soziale Arbeit leisten, sind bereits über ihre Arbeit im Einzelfall politisch aktiv (Hobi, 2019, S. 49).

6. Diskussion und Ausblick

Der vorliegende Beitrag widmet sich einerseits der Frage, zu welchem Anteil Sozialarbeitende in der Schweiz einem politischen Auftrag Sozialer Arbeit zustimmen. Die Ergebnisse der hierfür durchgeführten Befragung zeigen eine überwiegende Befürwortung eines solchen Auftrags: 93% der Befragten beziehen Position für eine politische Soziale Arbeit, 7% der Teilnehmenden lehnen einen politischen Auftrag der Profession ab. Die zweite Forschungsfrage beschäftigt sich mit den Argumenten, die Sozialarbeitende in der Schweiz heranziehen, um einen solchen Auftrag zu begründen. Hinsichtlich dieser Frage lassen sich aus den Antworten der Befragten die folgenden acht Begründungsmuster identifizieren:

1. Berufsethik
2. Anwaltschaftliches Verständnis von Sozialer Arbeit
3. Soziale Arbeit als Expertin
4. Abhängigkeit der Rahmenbedingungen von der Politik
5. Umfassende Politikimmanenz
6. Notwendigkeit der strukturellen Einflussnahme
7. Notwendigkeit der Lobbyarbeit
8. Ermächtigung und politische Bildung der Adressat*innen

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die befürwortenden Stimmen sowohl in der Befragung als auch im Fachdiskurs zahlenmäßig dominieren.³ Die im Rahmen der Studie herausgearbeiteten Argumentationsmuster verdeutlichen jedoch, dass sich Fachpersonen der Sozialen Arbeit mit unterschiedlichen Begründungen für einen politischen Auftrag der Profession aussprechen. Diese unterschiedlichen Begründungen decken sich über weite Strecken mit den im Fachdiskurs vertretenen Positionen. So wird beispielsweise im Fachdiskurs aber auch von einem Teil der befragten Sozialarbeitenden auf die Notwendigkeit der stellvertretenden Lobbyarbeit – also die advokatorische Vertretung der Interessen von Adressat*innen – hingewiesen. Diese Methode der (stellvertretenden) politischen Einflussnahme wird im Fachdiskurs allerdings kontrovers diskutiert und stellt einen Hauptstreitpunkt in der Diskussion um die Existenz eines politischen Auftrags dar.

Während 93% der Befragten einen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit befürworten, stimmen nur 50% dem politischen Engagement im Rahmen der Arbeitszeit zu. Hier zeigt sich ein vermeintlicher Widerspruch, aus dem sich folgende Fragen ergeben: Wer ist gemeint mit der Sozialen Arbeit, welcher ein politischer Auftrag zugeschrieben wird? Wann soll dieser ausgeübt werden, wenn nicht während der Arbeitszeit? Und worin besteht der Auftrag im Wesentlichen? Um diesen Fragestellungen zu begegnen, sind vertiefende Untersuchungen notwendig, beispielsweise in Form von qualitativen Interviews oder Gruppengesprächen. Ein anderes weiterführendes

³ Die hohe Zustimmungsrates in der Befragung lässt sich u.a. durch die selektive Stichprobe erklären. Es ist anzunehmen, dass tendenziell eher politisch interessierte Personen an einer Studie zum politischen Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit teilnehmen.

Forschungsvorhaben besteht darin, als Ergänzung zu den befürwortenden auch die einen politischen Auftrag ablehnenden Argumente zu analysieren. Diesbezüglich könnte auch der Frage nachgegangen werden, ob die einen politischen Auftrag ablehnenden Befragten sich gegen alle Elemente politischen Engagements Sozialer Arbeit wenden, oder ob sie möglicherweise einzelne Formen politischer Einflussnahme unterstützen. Wird davon ausgegangen, dass das Studium einen bedeutsamen Einfluss auf die politischen Einstellungen von Fachpersonen der Sozialen Arbeit ausübt, rückt auch der Ausbildungsprozess ins Zentrum des Forschungsinteresses: Inwiefern wird ein politischer Auftrag im Rahmen des Studiums thematisiert? Wie positionieren sich Hochschulen, Departemente und Lehrende? Hat diesbezüglich in den vergangenen Jahren ein Wandel stattgefunden oder ist ein solcher absehbar? Unbestritten ist, dass Soziale Arbeit unmittelbar mit Politik in Verbindung steht. Die eingangs aufgeworfene Frage nach der Rolle Sozialer Arbeit im politischen Spiel beantworten die befragten Sozialarbeitenden ebenso vielgestaltig wie eindeutig: aktiv gestaltend!

Literatur

- Amann, K. & Kindler, T. (Hrsg.). (2021). *Sozialarbeitende in der Politik. Biografien, Projekte und Strategien parteipolitisch engagierter Fachpersonen der Sozialen Arbeit*. Frank & Timme.
- Benz, B. & Rieger, G. (2015). *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit. Eine Einführung*. Springer Fachmedien.
- Benz, B., Rieger G., Schönig, W. & Többe-Schukalla, M. (2013). Die Politik Sozialer Arbeit – Umrisse, Gegenstände und Positionen. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (Bd. 1, S. 8–29). Beltz Juventa.
- Felderhoff, B.J., Hoefler, R. & Watson, L.D. (2016). Living up to the code's exhortations? Social workers' political knowledge sources, expectations, and behaviours. *Social Work*, 61(1), 29–35.
- Hobi, L. (2019). *Politischer Auftrag Sozialer Arbeit. Eine Untersuchung*

- befürwortender und ablehnender Positionen aus Fachdiskurs und Empirie [Unveröffentlichte Bachelorthesis]. FHS St. Gallen.
- International Federation of Social Workers [IFSW]. (2020, February 18). *Global definition of social work*. IFSW. <http://ifsw.org/get-involved/global-definition-of-social-work>
- Kindler, T. (2019). *Sozialarbeitspolitik. Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz* [Unveröffentlichte Masterthesis]. FHS St. Gallen.
- Kulke, D. & Schiffert, T. (2018). Student und Politik. Ergebnisse einer Befragung von Studierenden der Sozialen Arbeit. *Forum Sozial*, (3), 17–23.
- Kulke, D. & Schmidt, J. (2019). Der politische Auftrag Sozialer Arbeit in der Praxis – Empirische Ergebnisse. In M. Köttig & D. Röh (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation* (S. 301–313). Barbara Budrich.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. (12., überarb. Aufl.). Beltz.
- Merten, R. (Hrsg.). (2001). *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Leske + Budrich.
- Rieger, G. & Wurtzbacher, J. (2020). Vorwort – Politiklehre in bewegten Zeiten. In G. Rieger & J. Wurtzbacher (Hrsg.), *Tatort Sozialarbeitspolitik. Fallbezogene Politiklehre für die Soziale Arbeit* (S. 5-8). Beltz Juventa.
- Roth, G. & Ragus, S. (2018). Sozialarbeit und Politik. Wie beurteilen SozialarbeiterInnen politische Aufgaben in der Praxis Sozialer Arbeit und wie politisch interessiert, engagiert und kompetent sehen sie sich selbst. *Neue Praxis*, 48(4), 376–389.
- Seithe, M. (2012). *Schwarzbuch Soziale Arbeit* (2. Aufl.). Springer Fachmedien.
- Toens, K. & Benz, B. (Hrsg.). (2019). *Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit*. Beltz Juventa.
- Verba, S., Schlozman, K. L. & Brady, H. E. (1995). *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. (4. Printing). Harvard University Press.
- Wetzel, J. (2015). *Politisches Interesse und politische Beteiligung von Studierenden unter Einbezug des politischen Auftrags der Sozialen Arbeit*. [Unveröffentlichte Masterthesis]. Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg-Schweinfurt.